



Beschlussvorlage	Vorlagennummer: 2024/031
Federführend: Referat Landrat, Kreistag und Öffentlichkeitsarbeit	Status: öffentlich
	Datum: 20.02.2024

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Kreisausschuss (Vorberatung)	06.03.2024	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	06.03.2024	Ö

Im Budget enthalten:	nein	Kosten (Betrag in €):	---
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Peine schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Der Deutsche Städtetag hat nach Sitzungen des Präsidiums und Hauptausschusses am 18.01.2024 die Trierer Erklärung verabschiedet (siehe Anlage).

KTA Frank Hoffmann (SPD) beantragt, dass sich der Kreistag des Landkreises Peine dieser Erklärung anschließt und damit ein entsprechendes Signal sendet.

Ziele / Wirkungen: Entfällt

Ressourceneinsatz: Entfällt

Schlussfolgerung: Entfällt

Anlagen

- Antrag KTA Frank Hoffmann (SPD)
- Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Referat Landrat

LR EKR I II III

FD: *R1*

Eingang 20. FEB. 2024

Frank Hoffmann
Kreistagsabgeordneter

erforderlich: zur weiteren Bearbeitung
 Bericht Rücksprache LR
Sonstiges: Kenntnis zum Verbleib
WV: Hz: *Sh*

Frank Hoffmann

Landkreis Peine
Herrn Landrat Henning Heiß

Burgstraße 1
31224 Peine

privat:
Telefon (+49)
Mobil (+49)

E-Mail hoffmannbroistedt@t-online.de

Lengede, 20.02.2024

Sehr geehrter Herr Landrat Heiß,

hiermit beantrage ich die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Beschluss zur Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages“ auf der Kreisausschusssitzung und Kreistagsitzung am 06.03.2024.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Peine schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.

Begründung:

berall in Deutschland demonstrieren derzeit Bürgerinnen und Bürger für Demokratie und Menschenwürde. Auch im Landkreis Peine haben schon mehrere dieser Demonstrationen mit großer Beteiligung stattgefunden, weitere sind geplant. Die Menschen sind in Sorge, dass -von rechtsextremen Kräften betrieben- unsere demokratische Grundordnung durch Verbreitung von Verunsicherung, Hass und Angst in Gefahr ist. Mit Auslöser waren Berichte von Umsturzplnen und Bestrebungen für eine andere Gesellschaftsordnung. Die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages fasst dies konkret zusammen. Sie sendet ein klares Signal der Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger und gegen die Spaltung unserer Gesellschaft. Daher sollte auch der Kreistag Peine ein entsprechendes Signal senden und sich der Erklärung anschließen. Ein entsprechender Beschluss wurde auch schon im Gemeinderat Wendeburg gefasst. Weitere können in den anderen kreisangehörigen Kommunen folgen. Die Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages habe ich beigefügt.

Mit freundlichen Gren

Frank Hoffmann

18.01.2024

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.